

# Asylrecht verletzt Menschenwürde

## ***OsnabrückerInnen unterstützen Forderungskatalog der Geflüchteten aus der LAB Sedanstraße***

*Osnabrück* - Am frühen Morgen des 18. Juni 2018 versammelte sich ein Zusammenschluss solidarischer Abschiebe-GegnerInnen vor dem Gelände der Landesaufnahmebehörde Osnabrück in der Sedanstraße.

Abschiebungen finden in der Regel nachts und am frühen Morgen statt. So sind diese Vorgänge für die Öffentlichkeit unsichtbar. Für die Geflüchteten entsteht hierdurch eine nächtliche psychische Dauerbelastung. Auch deswegen stehen nun Menschen vor dem Tor der Einrichtung und blockieren für diese Nacht die geplanten Abschiebungen.

Sie unterstützen die Stellungnahme der Geflüchteten nach fairen Asyl-Verfahren und einer menschenwürdigen Behandlung. Die Stellungnahme und die Forderungen der BewohnerInnen der LAB Sedanstrasse sollen in einem Schreiben an die Ausländerbehörde und die Stadt Osnabrück übergeben werden.

Bei der nächtlichen Versammlung vor dem Haupttor der Landesaufnahmestelle in der Sedanstrasse wird auf mehrere Missstände aufmerksam gemacht:

- Die aktuelle Asylrechtsdebatte stellt einen Angriff auf notwendige rechtliche Prinzipien dar. Es findet eine Kriminalisierung der Geflüchteten statt, aber auch Kriminalisierung der HelferInnen als „Anti-Abschiebe-Industrie“ sowie von ÄrztInnen und RechtsanwältInnen bei der Ausübung ihrer rechtlichen Aufgaben.
- Lediglich 578 diskutierten Fällen, in denen im Zweifel für die Geflüchteten entschieden wurde, stehen bekannte 34.000 Fälle von Abschiebe-Bescheiden gegenüber, die vor Gerichten letztlich keinen Bestand hatten
- positive Ermessensentscheidungen im Rahmen von Härtefallanträgen und Ausbildungsduldungen werden im Rahmen der BAMF-Affaire nun systematisch kriminalisiert.

Die Unterstützerin Leonore Fitko entrüstet sich: „Der Staat hält sich nicht an seine eigenen rechtlichen Grundsätze und Verfahren. Das derzeit angewandte Asylrecht verletzt international gültige Menschen- und Kinderrechtskonventionen, so dass es eigentlich nur noch als Asyl-Unrecht beschrieben werden kann.“

Die gemeinsamen Ziele und Forderungen der UnterstützerInnen sind:

- menschenwürdige Unterkünfte, keine Lager, keine „Ankerzentren“,
- Faire, transparente Verfahren, Anspruch auf qualifizierte Rechtsberatung,
- Menschenwürdige Versorgung und menschenwürdiger Umgang mit Geflüchteten
- Keine weitere Aushöhlung des Asylrechts, keine Kriminalisierung von Ermessensentscheidungen in Asylverfahren
- Beachtung internationaler Menschen- und Kinderrechts-Konventionen, Abschaffung der Dublin-Verfahren
- „Freedom of Movement“, Recht auf Migration unabhängig von ökonomischer „Verwertbarkeit“